



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 50
16.12.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 37 % bzw. 36 %, SPD bei 22 % bzw. 21 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Lage in Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Flüchtlinge:	Deutsche gespalten hinsichtlich der Sorge über die hohen Flüchtlingszahlen; Bürger sehen eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigste Themen:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik Präsidentschaftswahl in den USA

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	37 (+1)	36 (-)	36 (+1)
SPD	21 (-1)	22 (-)	21 (-1)
FDP	6 (-)	5 (-)	6 (+1)
DIE LINKE	9 (-1)	10 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	10 (-1)	11 (+1)	10 (-1)
AfD	11 (+1)	12 (-1)	13 (-)
Sonstige	6 (+1)	4 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.	08.-14.12.	12.-14.12.

Die Union liegt bei forsa 16 (+2), bei infratest dimap 15 (+2) und bei Emnid 14 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	51 (-)
Gabriel	14 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 37 (+1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

90 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 82 % (+1) für Merkel und 4 % (-3) für Gabriel entscheiden.

43 % (+5) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 33 % (+1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.12.2016)

² im Vergleich zur KW 49

Problemlösungskompetenz

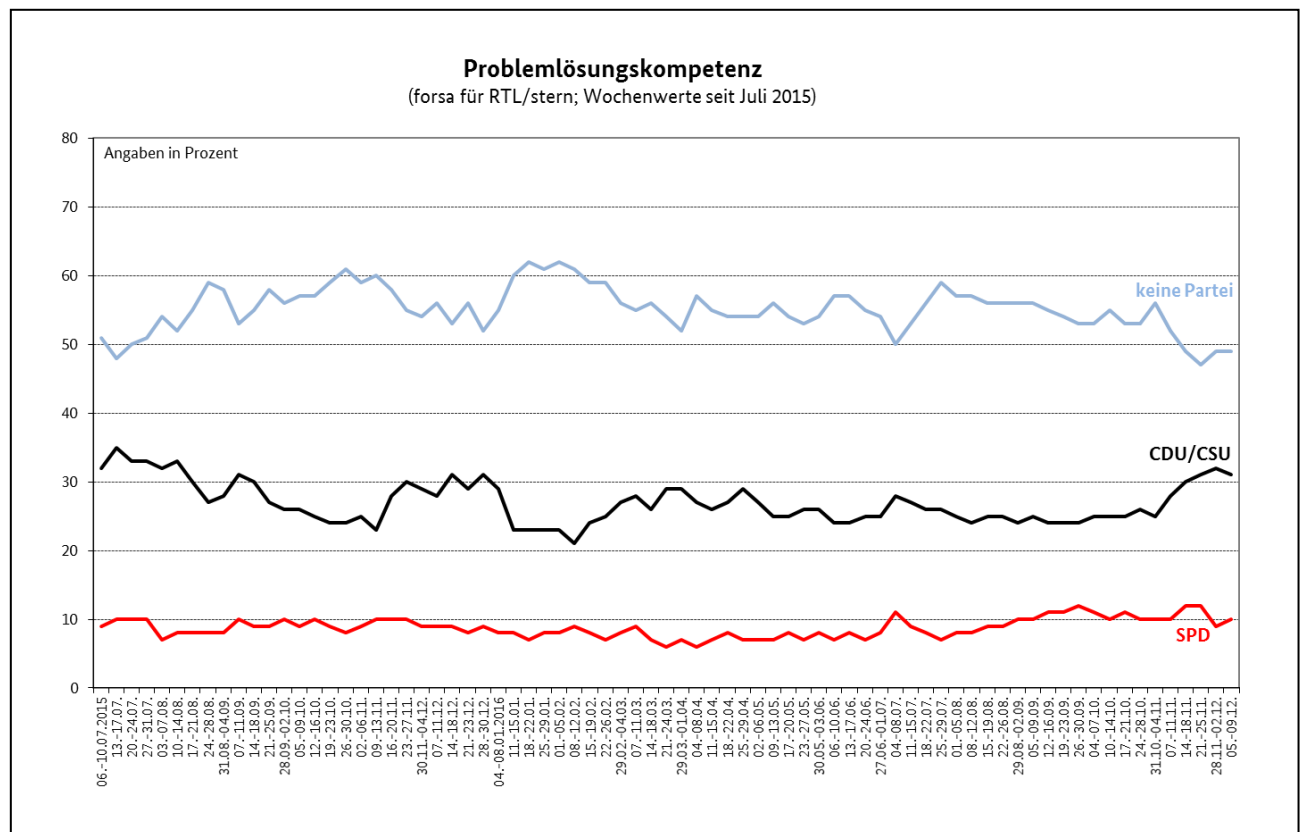
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
CDU/CSU	31 (-1)
SPD	10 (+1)
sonstige Parteien	10 (-)
keine Partei	49 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

49 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

76 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 40 % (-) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Dezember 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-2)	29 (+2)	2 (+1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	62 (-5)	34 (+4)	2 (-)	2 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-)	38 (-)	4 (-)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	56 (-2)	40 (+2)	3 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-2)	39 (+4)	3 (-2)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+2)	39 (-2)	4 (-)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-2)	38 (+1)	6 (-1)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (-)	35 (-1)	12 (+1)	3 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (+1)	46 (-4)	7 (+2)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	42 (+1)	45 (-)	10 (-2)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (+1)	43 (-1)	11 (-1)	4 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (+2)	48 (-5)	13 (+1)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+1)	53 (-2)	11 (+2)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	30 (+2)	51 (-1)	16 (-1)	2 (+1)
Staatsschulden begrenzen	29 (-1)	50 (+1)	16 (-1)	3 (-)
neue Technologien fördern	28 (-2)	54 (+4)	15 (-)	2 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	27 (-)	48 (+1)	18 (-2)	5 (-)
für Preisstabilität sorgen	24 (+1)	55 (-1)	15 (-2)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (+1)	57 (-)	14 (-2)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23 (-3)	54 (-)	17 (+1)	4 (+2)
Erhebungszeitraum	07.-13.12.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der AfD (84 %), der SPD (79 %), der Grünen (78 %) und der Linkspartei (74 %) als prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 63 %). Anhänger der Union (60 %) nennen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Ostdeutschen (67 %) und Anhängern der AfD (70 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Über 40-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 40-Jährige (69 % zu 50 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (68 % zu 55 %) und Frauen häufiger als Männer (68 % zu 57 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Dezember 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2016

Ernid für BPA

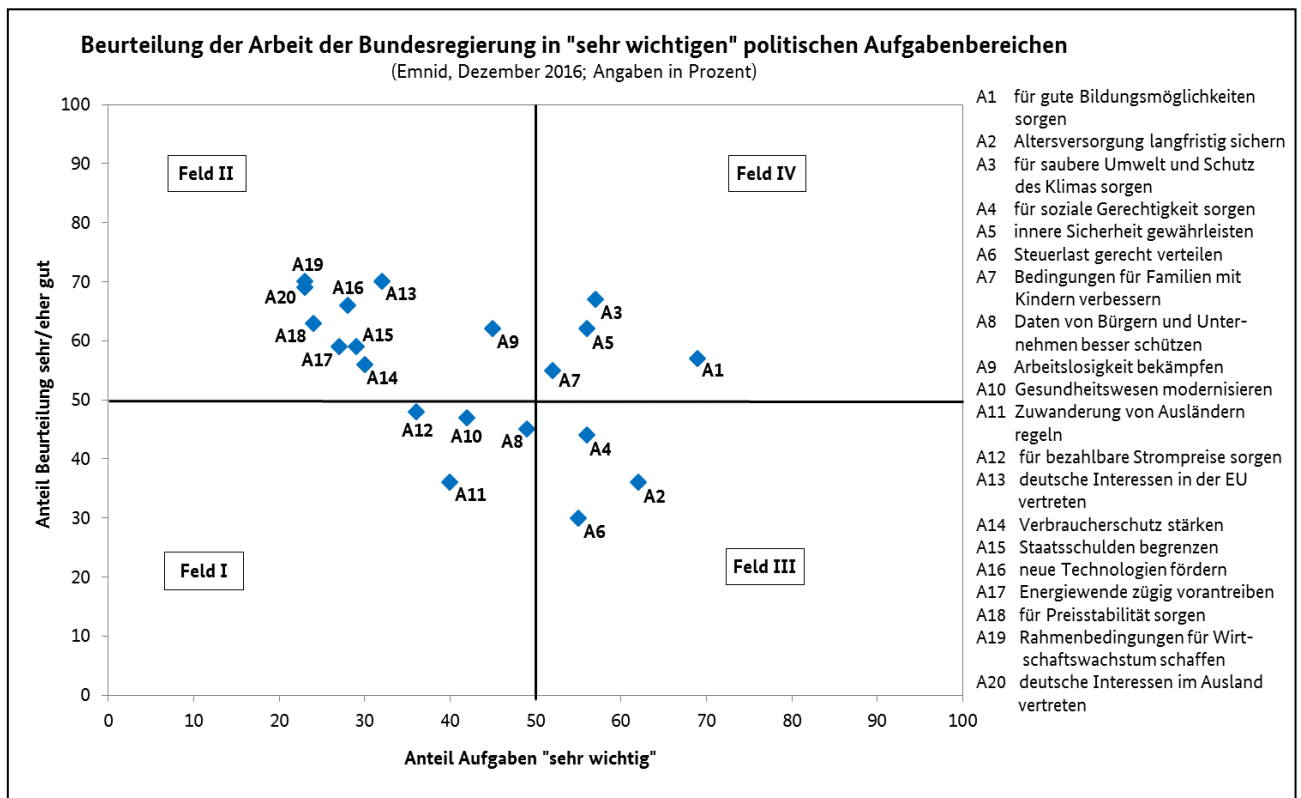
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+3)	20 (-4)
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (+9)	25 (-6)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	69 (+6)	23 (-7)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	67 (+12)	31 (-10)
neue Technologien fördern	66 (+4)	25 (-4)
für Preisstabilität sorgen	63 (+1)	29 (-3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (+1)	34 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	62 (-5)	35 (+6)
Staatsschulden begrenzen	59 (+3)	31 (-6)
Energiewende zügig vorantreiben	59 (+7)	36 (-7)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (+1)	39 (-2)
Verbraucherschutz stärken	56 (+5)	36 (-3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	55 (+4)	38 (-6)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+3)	45 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (+2)	46 (-2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (+2)	49 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	44 (+3)	53 (-4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (-)	60 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	36 (+3)	61 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	30 (+1)	66 (-)
Erhebungszeitraum	07.-13.12.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik und die Vertretung deutscher Interessen in der EU (jew. 70 %).

In fast allen Politikfeldern ist im Vergleich zum Vormonat der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen; besonders im Politikfeld "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" (+12 Prozentpunkte). Das Politikfeld "innere Sicherheit gewährleisten" ist im Vergleich zum Vormonat das einzige, in dem der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, zurückgegangen ist (-5 Prozentpunkte).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A6), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A4).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. Folglich sind für die Mehrheit der Bundesbürger der Umwelt- und Klimaschutz (A3), die Gewährleistung der inneren Sicherheit (A5), die Bildungspolitik (A1) und die Familienpolitik (A7) sehr wichtige politische Aufgabenbereiche, in denen die Bundesregierung bereits sehr bzw. eher gute Arbeit leistet.

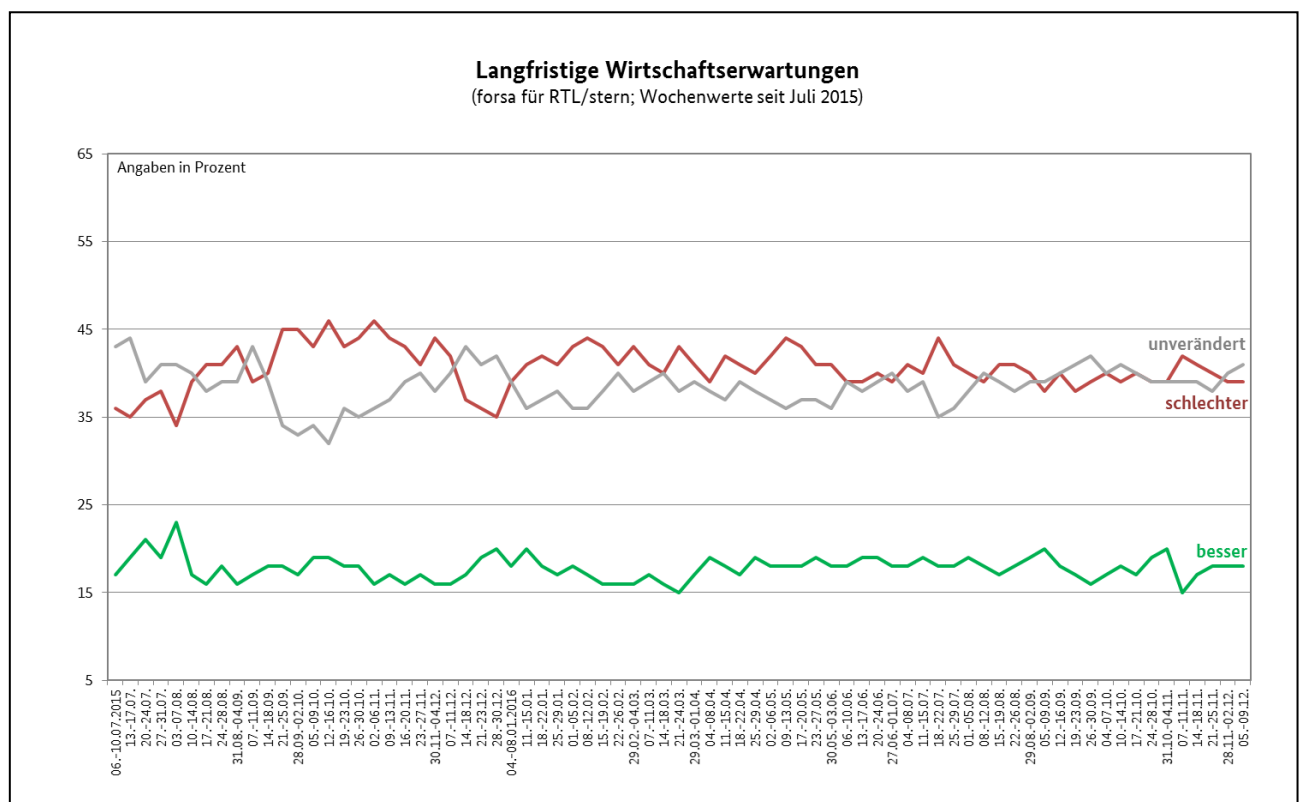
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-)
schlechter	39	(-)
unverändert	41	(+1)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
sehr große	13 (+1)
große	46 (+2)
wenig	31 (-3)
keine	9 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.

Anhänger der Linkspartei (74 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (67 % zu 51 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (64 % zu 50 %).

Anhänger der Grünen (45 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
Syrien	18 (-2)
USA	15 (+1)
Naher Osten, arabische Länder	11 (+2)
Russland	11 (+2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10 (-)
Türkei	8 (-2)
Islamischer Staat (IS)	7 (-5)
Krieg/Terrorismus allgemein	7 (-3)
Ukraine	6 (+1)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Syrien die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der FDP (24 %) nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (21 % zu 11 %).

Unter 30-Jährige nennen am häufigsten (19 %) die Situation in den USA als die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der Linkspartei (18 %) nennen die Lage im Nahen Osten überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Für Anhänger der AfD (25 %) droht die größte Gefahr für Deutschland von der Flüchtlingssituation.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	34	(-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-)
Deutschland tut bereits genug	56	(+4)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.	

Personen mit hoher formaler Bildung (39 %) sowie Anhänger der Linkspartei (45 %) und der Grünen (44 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind 30- bis 44-Jährige (14 %) sowie Anhänger der AfD (31 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (63 %) sowie Anhänger der FDP (61 %) und der Union (60 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	38	(-5)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	42	(+4)
Erhebungszeitraum	05.-09.12.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (46 %) und 45- bis 59-Jährige (43 %) sowie Anhänger der AfD (63 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (32 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (49 %), Gutverdiener, unter 30-Jährige (jew. 47 %) und über 60-Jährige (46 %) sowie Anhänger der SPD (54 %), der FDP (53 %), der Grünen (52 %) und der Union (50 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

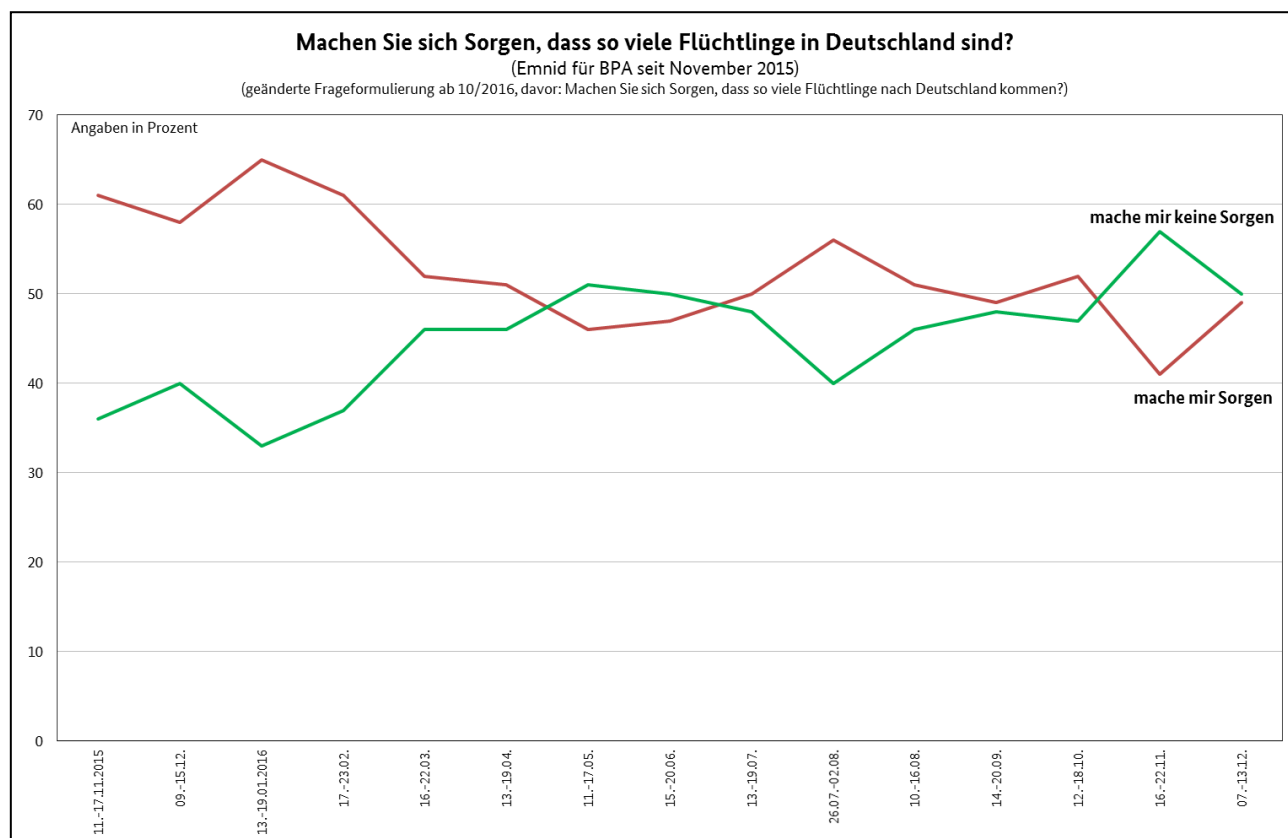
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	Emnid für BPA
mache mir Sorgen	49 (+8)
mache mir keine Sorgen	50 (-7)
Erhebungszeitraum	07.-13.12.

40- bis 59-Jährige (58 %) und Ostdeutsche (55 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung machen sich mehr Sorgen darüber als Personen mit hoher formaler Bildung (56 % zu 36 %).

Unter 40-Jährige und über 60-Jährige (jew. 55 %) sowie Anhänger der Grünen (72 %), der SPD (70 %), der Linkspartei (66 %) und der Union (56 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



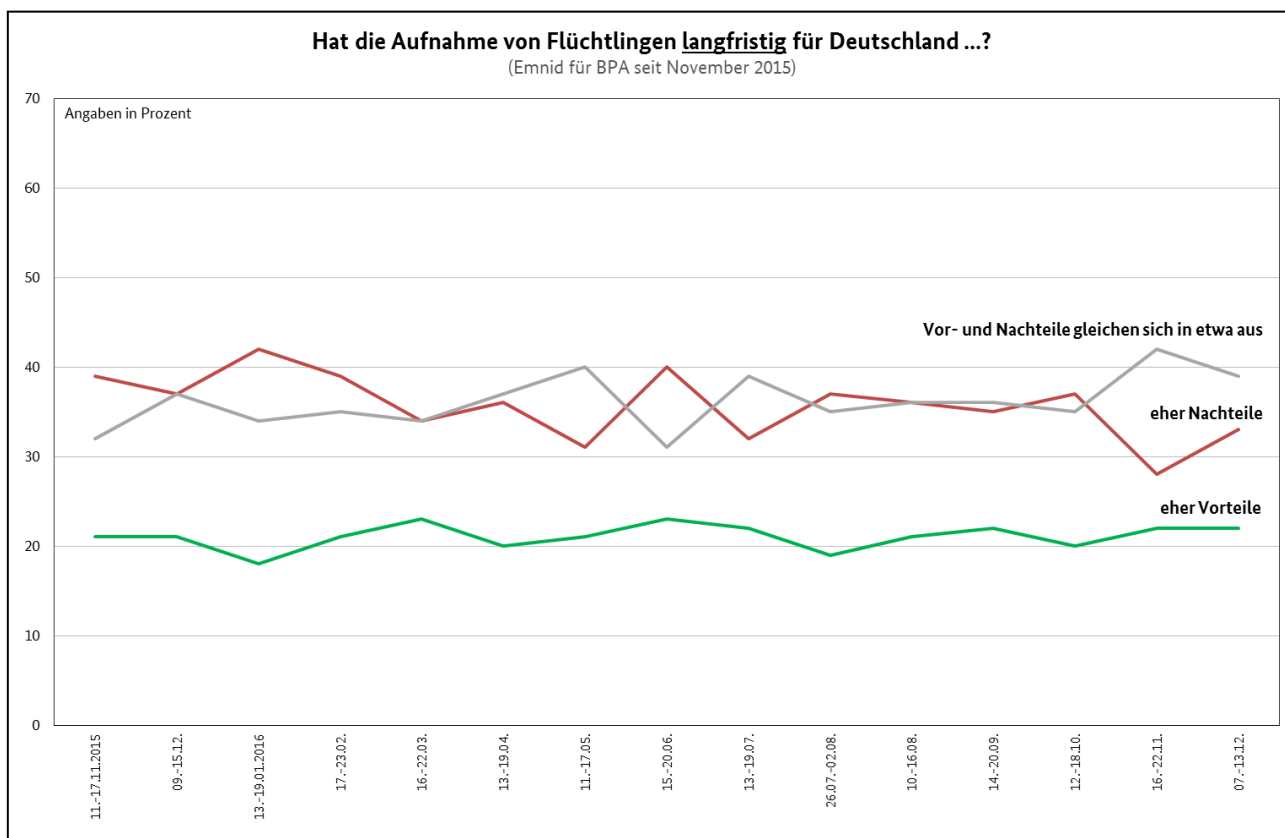
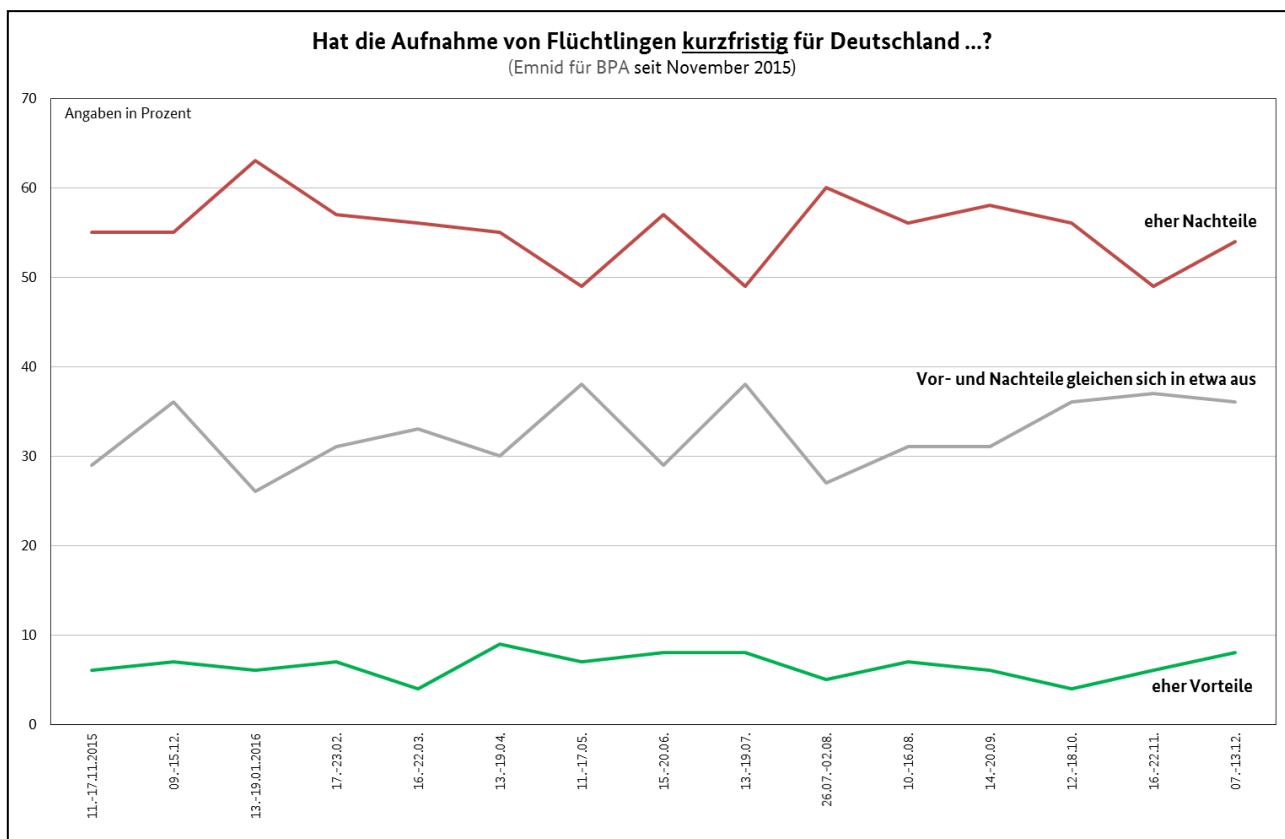
Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	8	(+2)	22	(-)
eher Nachteile	54	(+5)	33	(+5)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	36	(-1)	39	(-3)
Erhebungszeitraum	07.-13.12.			

Kurzfristig sehen Ostdeutsche und 40- bis 49-Jährige (jew. 67 %) sowie Anhänger der AfD (90 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (75 %), 40- bis 49-Jährige (52 %) und Ostdeutsche (51 %) sowie Personen mit mittlerer formaler Bildung (41 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (30 %) sowie Anhänger der Grünen (45 %), der Linkspartei (36 %) und der SPD (28 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.



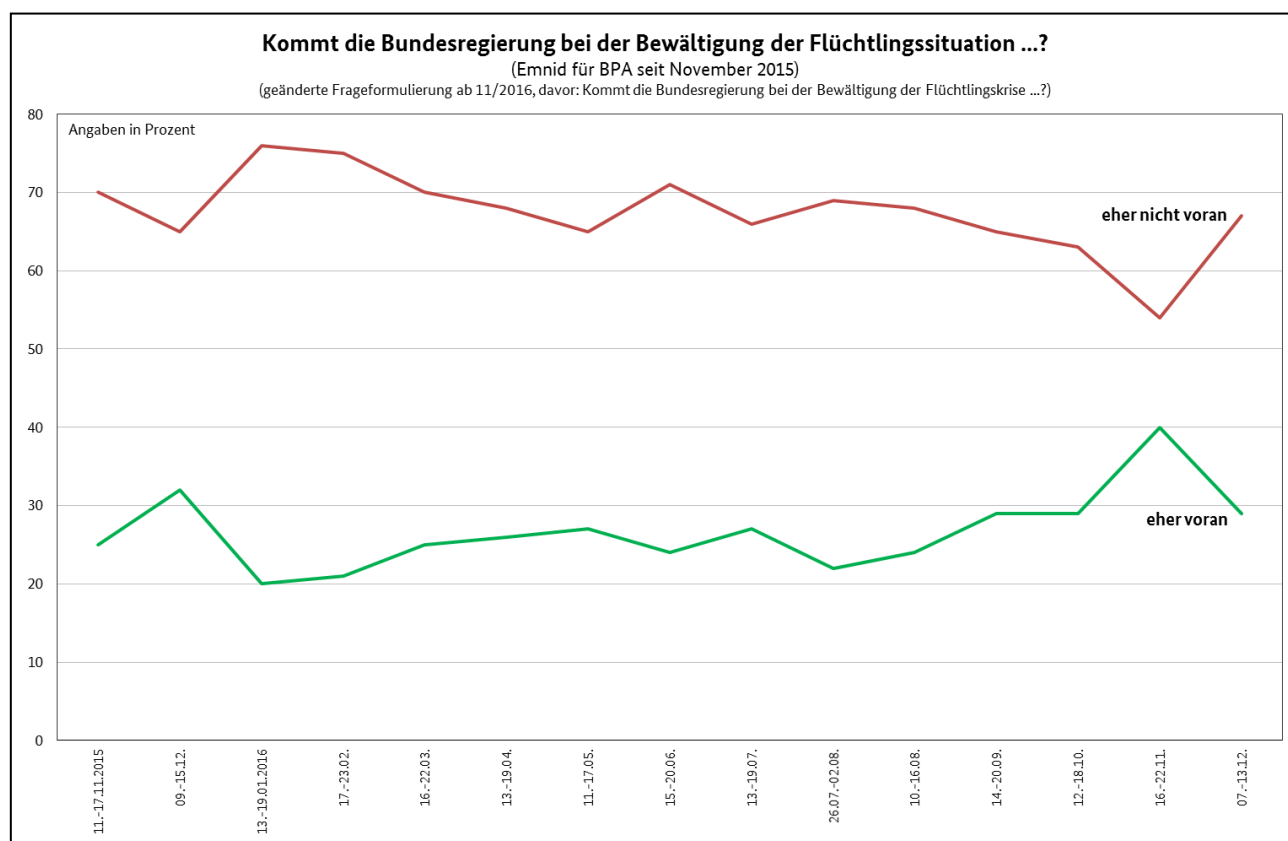
Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	Emnid für BPA
eher voran	29 (-11)
eher nicht voran	67 (+13)
Erhebungszeitraum	07.-13.12.

30- bis 39-Jährige (34 %) sowie Anhänger der Union (43 %), der Grünen (36 %) und der SPD (35 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (40 % zu 24 %).

Hingegen meinen insbesondere Anhänger der AfD (92 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	22 (-1)
Präsidentschaftswahl in den USA	20 (-1)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	11 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	9 (+4)
Politische Situation in der Türkei allgemein, Militärputsch	8 (+7)
Innere Sicherheit, Kriminalität, Bekämpfung Terrorismus	5 (+4)
Erhebungszeitraum	12.-13.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit zwei Themen: den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik und der Präsidentschaftswahl in den USA.

Anhänger der AfD (36 %) und der FDP (28 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig.

Unter 35-Jährige (26 %) sowie Anhänger der Grünen (35 %) und der FDP (33 %) nennen die Präsidentschaftswahl in den USA überdurchschnittlich häufig. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (28 % zu 12 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (27 % zu 12 %). Anhänger der AfD (10 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.

